

Einführung: Große Dörfer und kleine Städte – wichtige Mitte und wachsende Unschärfe

Doris Schmied [Universität Bayreuth]

Stefan Krämer [Wüstenrot Stiftung, Ludwigsburg]

Das 20. Dorfsymposium, das vom interdisziplinären Arbeitskreis für Dorfentwicklung in Kooperation mit der Wüstenrot Stiftung vom 5. bis 7. Juni 2016 in Luisenthal/Thüringen veranstaltet wurde, stand unter dem Motto „Große Dörfer – kleine Städte“ und zielte darauf ab, den Übergangsbereich zwischen Ländlichem und Urbanem genauer zu beleuchten, der sich aufgrund tiefgreifender Prozesse immer mehr verändert. So führen der demographische Wandel (das Weniger an Geburten, der Fort- oder Zuzug von Menschen unterschiedlichen Alters, die unterschiedlich hohe Lebenserwartung), der ökonomische und soziale Strukturwandel unter Globalisierungsdruck sowie die nach Bundesländern unterschiedlichen politisch-raumplanerischen Rahmenbedingungen zu einer deutlichen Bedeutungsveränderung, aber auch räumlichen Differenzierung dieses „Zwischenbereichs“.

Die Auseinandersetzung mit diesem Thema erwies sich als schwieriger und komplexer als gedacht. Ein grundlegendes Problem war bereits die einfache Frage, was denn unter „großen Dörfern“ und „kleinen Städten“ zu verstehen ist. Denn obwohl fast jeder Mensch eine Vorstellung von einem Dorf und einer Stadt – und meist sogar implizit von einem großen Dorf und einer kleinen Stadt – hat und sich der Arbeitskreis Dorfentwicklung nun schon seit vielen Jahren mit dem Dorf, seinen Charakteristika und Varianten, Entwicklungen und Problemlagen beschäftigt, ist es schwer (und vielleicht sogar müßig?), Dörfer von Städten kategorisch abzugrenzen.

Die klassischen Definitionsversuche für Dörfer und Städte als Siedlungen basieren auf Größentypologien: So zählen nach BORS DORF & BENDER (2010, 236) in siedlungsgeographischer Tradition zu den dörflichen Siedlungen Einzelsiedlungen mit 1 Wohnstätte, Doppelsiedlungen mit 2, Weiler mit 3 bis 15 Wohnstätten, Dörfer mit 16 bis 250 Wohnstätten, Großdörfer mit 250 bis 500 und Stadtdörfer mit 500 Wohnstätten oder 2 500 Einwohnern, während zu den Städten Zwergstädte mit weniger als 2 000 Einwohner, Landstädte mit 2 000 bis 4 999 Einwohnern, Kleinstädte mit 5 000 bis 19 999 Einwoh-

nern, Mittelstädte mit 20 000 bis 99 999 Einwohnern und Großstädte ab 100 000 Einwohnern gerechnet werden. Doch dieser Ansatz ist aus mehreren Gründen kritisch zu sehen:

- 1) Seltsamerweise findet ein Wechsel der Bezugseinheit statt, von Wohnstätten zu Einwohnern. Titular-/*de jure*-Städte erklären einen Teil der Überschneidungen.
- 2) Eine minimale Bevölkerungsveränderung – selbst ein Einwohner mehr oder weniger – kann über die Zugehörigkeit zu Dorf und Stadt oder einer ihrer Unterklassen entscheiden (ein Prinzip, das übrigens auch für die Titel und Besoldung der Bürgermeistergehälter gilt).
- 3) Besonders wichtig aber ist, dass für die heutige Statistik und Verwaltung nicht Orte, sondern Gemeinden als Bezugseinheit verwendet werden. Siedlungsbasierte Daten fehlen auf der Makroebene, oft selbst auf der Mikroebene; dadurch erodiert das Wissen über die chronologische Entwicklung von Siedlungen.
- 4) In Kommunen gleicher Größe kann es im unteren und mittleren Bereich der Größenskala verschiedenste Siedlungskonstellationen geben (mit oder ohne eng definierte Stadt), abhängig von der Zahl und Verteilung der Gemeindeteile. Extrembeispiele sind Gemeinden aus Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Niedersachsen, die durch kommunale Gebietsreformen zu den größten Flächengemeinden Deutschlands gemacht wurden, die vergleichsweise wenige Einwohner, eine geringe Einwohnerdichte, aber viele weit verstreute Gemeindeteile haben.
- 5) Gerade durch die zahlreichen Gebietsreformen der letzten Jahre, die auf die Stärkung der planerischen, verwaltungsmäßigen und politischen Leistungsfähigkeit einzelner Gemeinden abzielten, sind Gemeinden durch die „künstliche Einwohnerzusammenlegung“ immer größer geworden, damit hat sich der „Mittelbereich“ immer mehr nach oben verschoben. Der Übergang zwischen Dorf und Stadt ist noch verschwommener geworden.

Die Internationale Bauausstellung (IBA) Thüringen greift diese wachsende Unklarheit des Übergangs unter dem programmatischen Begriff *StadtLand* auf (vgl. DOEHLER-BEHZADI 2018) und versucht so die siedlungsstrukturelle und lebensweltliche Realität in Thüringen zu beschreiben. Räumliche, soziale und kulturelle Muster lassen sich danach mit den Zuschreibungen von städtisch oder dörflich nicht mehr eindeutig genug beschreiben, sondern erfordern einen Perspektivenwechsel, der mit diesem neuen Begriff als Topos der IBA aufgerufen wird.

Große Dörfer und kleine Städte befinden sich an der Schnittstelle zwischen den bisherigen Konzepten von Stadt und Umland, von städtischen/urbanen und dörflichen/ländlichen Lebensweisen, von wachsenden Kernen und sich entleerenden Räumen. Sie können als wichtige Mitte betrachtet werden, wenn sie als verbindende Zonen des Übergangs fungieren, oder als Zwischenbereich, in dem die wachsende Unschärfe einer Unterscheidung von Stadt und Land besonders deutlich wird.

„Größe“ ist in jedem Fall als alleiniges Kriterium unbefriedigend und wird daher in diesem Band flexibel interpretiert; dennoch haben größenklassenbasierte Klassifikationen – in der Regel ohne die Zuschreibung zu Stadt oder Land/Dorf – weiterhin eine gewisse Berechtigung. Sie erleichtern das Erfassen der Strukturen entlang des Stadt-Land-Kontinuums und ermöglichen räumliche Vergleiche, zwischen Bundesländern oder auch im Rahmen der EU und ihren Lokalen Verwaltungseinheiten (LAUs bzw. *Local Administrative Units*).

Das Kriterium Größe muss für den Zwischenbereich Stadt-Dorf jedoch sinnvollerweise ergänzt werden durch die Berücksichtigung von Kriterien für die regionalen Besonderheiten/Bedingungen und für die jeweilige Funktion, denn kleine Städte und große Dörfer sind Ankerpunkte in ländlichen Räumen. Sie sind nicht nur Wohnorte, sondern auch Arbeits- und Versorgungsorte für die eigenen Einwohner, aber auch für ihr Umland – ob in oder außerhalb der Gemeinde. Als zentrale Orte der niedrigsten Hierarchie (ob monozentral oder im Verbund) sind sie durch das Vorhalten von öffentlichen und zunehmend privaten Infrastrukturen und Dienstleistungen für die nachhaltige Sicherung der Daseinsvorsorge von großer Bedeutung. Sie übernehmen damit auch eine wichtige Stabilisierungsfunktion, die jedoch zunehmend bedroht ist, vor allem in dünn besiedelten ländlichen Regionen und unter Bedingungen demographischen Schrumpfens und Alterns.

Kleine Städte und große Dörfer müssen sich als „Mitte“ einerseits gegenüber größeren Städten behaupten, die demographisch und wirtschaftlich erstarben, und sollen andererseits gleichzeitig die Siedlungen/Gemeinden „weiter unten“ stabilisieren. Dafür geeignete oder erforderliche Strategien sind bislang wenig erprobt; dies gilt auch für die Frage einer ausgewogenen Balance zwischen der Begleitung und Förderung durch übergeordnete Gebietskörperschaften, Landes- und Bundespolitik einerseits (top down) und der Berücksichtigung und Stärkung von lokalen Initiativen und Projekten andererseits (bottom up).

Wo die Probleme liegen und welche Handlungsansätze es gibt, wird mosaikhaft im vorliegenden Band deutlich. Die Autoren der Beiträge sind Wissenschaftler und Praktiker, die jeweils ihre eigene Herangehensweise an das Thema haben.

Im einleitenden Beitrag beschäftigt sich Annett STEINFÜHRER ausführlicher mit der Definitions- und Erfassungsproblematik von Kleinstädten inner- und außerhalb der amtlichen Statistik sowie der bisher nur schwach ausgeprägten Forschung zu Kleinstädten. Darauf aufbauend beschreibt sie, wie viele Kleinstädte durch Flächenerweiterung im Rahmen von Gemeindegebietsreformen „verländlichen“, während sich gleichzeitig die Einrichtungen der Daseinsvorsorge in die Kernorte zurückziehen, diese durch die „Zentralisierung“ aber nicht unbedingt gestärkt werden. Zudem altern die Kleinstädte rasch, was die gesellschaftliche Struktur verändert und die politischen Akteure vor zusätzliche Aufgaben stellt.

Im Gegensatz zum qualitativ-empirischen Blickwinkel von STEINFÜHRER steht der quantitative Ansatz von Steffen MARETZKE und Lars PORSCHE. Auf der Datenbasis aller Gemeinden eines Gemeindeverbandes oder einer Einheitsgemeinde mit 5 000 bis unter 20 000 Einwohnern oder mindestens grundzentraler Funktion, die in den als ländlich eingestuften Räumen Deutschlands liegen, zeigen die Autoren anhand verschiedener demographischer, ökonomischer und infrastruktureller Indikatoren die große Diversität der kleineren und größeren Kleinstädte. Dabei wird deutlich, wie stark deren Entwicklung von ihrer Lage in zentralen oder peripheren ländlichen Räumen und in strukturstarken oder strukturschwachen Regionen, in geringerem Maße aber auch von ihrer Größe, beeinflusst wird. Besonders positiv bzw. negativ ist die Situation für Kleinstädte mit vielfältigen Standortvor- bzw. -nachteilen.

In ihrem Beitrag „Groß und/gegen Klein im demographischen Wandel – die Rolle der Raumordnung am Beispiel Mecklenburg-Vorpommerns“ verdeutlichen Henning BOMBECK & Udo KNAPP die äußerst problematische Situation der ländlichen Räume in diesem Bundesland: Kleine, insbesondere peripher gelegene Gebiete leiden stark unter Humankapitalverlust, demographischer Alterung sowie einer ausdünnenden Versorgung/Infrastruktur. Die Autoren fragen bewusst provokativ, ob in Zukunft eine Versorgung auf hohem Niveau nur noch in Städten mit genügend hoher Einwohnerzahl gewährleistet werden kann, was nicht einmal alle heutigen kleinen Städte und großen Dörfer mit zentralörtlicher Funktion einschließen dürfte. Sie schlagen vor, dass Raumordnung und Landesplanung die Schrumpfungsprozesse begleiten, unterstützen und auf die Einhaltung von – durch Liberalisierung ermög-

lichte – qualitative Minimalstandards in den Schrumpfungsbereichen, die sich in Richtung „Selbstverantwortungsräume“ entwickeln, achten sollten.

Karl Martin BORN nimmt in seinem Kurzbeitrag „Kleinstadt und Umland – Akzente partnerschaftlichen Handelns“ kritisch Stellung zu den Argumenten von BOMBECK & KNAPP. Seiner Meinung nach werden die ablaufenden demographischen und sozio-ökonomischen Prozesse nicht differenziert genug analysiert und die positiven Entwicklungen in und Leistungen der ländlichen Räume unterbewertet, weshalb er sich gegen eine bevorzugte Behandlung der Städte ausspricht und stattdessen alternative Wege aus der Krise vorschlägt. Vor allem hält er weitere „Reformen“ zugunsten größerer Siedlungs- bzw. Verwaltungseinheiten im Namen der Effektivität nicht nur für kontraproduktiv, sondern für Dörfer sogar für schädlich.

Nach dieser teilweise kontroversen Sicht, wie man Kleinstadt-Umland-Entwicklungen bewerten und unterstützen soll, beschäftigen sich die folgenden zwei Beiträge mit einem spezifischeren Thema bzw. Handlungsansatz zur Attraktivitätssteigerung der „mittleren“ Orte, nämlich der Baukultur. Hier sind sich die Autoren einig, denn sie begreifen Baukultur nicht nur als Mittel der Gestaltung, sondern auch des „Zukunftsfähig-Machens“ von Kleinstädten und Dörfern. Denn gerade aufgrund des Sogs von großen Städten und den problematischen Entwicklungen in den Siedlungen des „Mittelbereichs“ (Verlust an Geschäften, Dienstleistungen und Infrastruktur, Leerstand vor allem im Innenbereich und dadurch Aushöhlung der Orte) muss deren Lebensqualität bewusst erhalten oder wiederhergestellt werden.

Die Ausführungen von Niklas NITZSCHKE zur „Baukultur in kleinen Städten und großen Dörfern“ basieren auf dem Forschungsprojekt „Baukultur konkret“, dessen Ergebnisse in den „Baukulturbericht 2016/17: Stadt und Land“ Eingang gefunden haben. Der Autor plädiert für einen verbesserten Ortsbezug, nennt Richtlinien und Maßnahmen, die beim Wiederfinden von Regionalität und Identität helfen können, und illustriert diese mit Best Practice-Beispielen.

Thomas VIELHABER stellt „Das Arnsberger Modell Baukultur in Südwestfalen“ vor. Arnsberg ist eine durch eine Gebietsreform in den 1970er Jahren aus drei Kleinstädten und mehreren Dörfern entstandene „Mittelstadt“ und kann trotz ihrer Einwohnerzahl aufgrund ihrer polyzentrischen Struktur als Beispiel für einen innovativen Umgang mit der Baukultur auch in kleineren Orten gelten. So wurde in der Kommune aktiv der Wandel von einer politischen Steuerung durch gewählte Volksvertreter und umsetzungsorientierten Planung durch die Verwaltung zu einem langfristig angelegten

partizipativen Prozess vorangetrieben, der auf die Mitwirkung aller am Thema Interessierten setzt und für den eine Vielzahl von Instrumenten (Gestaltungsberatung, Beirat für Stadtgestaltung, Öffentlichkeitsarbeit, Bürgerwerkstätten, Baustellenmarketing, eigene Webseite zum „Arnsberger Projekt Baukultur“) entwickelt worden ist.

Ein – sicher außergewöhnliches, aber trotzdem lehrreiches – Beispiel einer Kleinstadt ist Pfaffenhofen an der Ilm. Die Kommune, die aufgrund ihrer geographischen Lage im Speckgürtel von München sowie aufgrund einer günstigen wirtschaftlichen Entwicklung vielfache Standortvorteile genießt, wurde 2011 in einem internationalen Wettbewerb in ihrer Größenkategorie zur „Lebenswertesten Kleinstadt der Welt“ gewählt. Anders als sehr viele Kleinstädte, die sich gegen eine zunehmende Verschlechterung der Lebensverhältnisse wehren müssen, hat Pfaffenhofen das Problem, nicht durch positiven Entwicklungsdruck völlig überformt zu werden. Die Stadt hat daher – wie Bürgermeister Thomas HERKER darlegt – im Dialog mit den BürgerInnen sich für ein Entwicklungsleitbild mit moderatem/gelenktem Wachstum entschieden, das durch ein konsequent durchgehaltenes Dreisäulenmodell mit den Schwerpunkten Wohnraum – Nachhaltigkeit – Lebensqualität erreicht werden soll.

Den Abschluss des Bandes bildet eine Rede, in der Gerhard HENKEL, der Gründer und langjährige Sprecher des „Bleiwäscher Kreises“ aus Anlass des 20. Dorfsymposiums auf die fast 40jährige Arbeit des Arbeitskreises zurückblickt und – angesichts der vielfältigen alten und neuen Probleme – für einen weiteren aktiven Einsatz „Pro Dorf“ plädiert.

Literatur

BORS DORF, Axel; BENDER, Oliver (2010): Allgemeine Siedlungsgeographie. Wien/Köln/Weimar: Böhlau Verlag

DOEHLER-BEHZADI, Marta (2018): StadtLand – Eine IBA für Thüringen. In: Forum Stadt. Vierteljahresschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie, Denkmalpflege und Stadtentwicklung 2/2018, 147–156

Vom Wachsen im Schrumpfen. Alterung und siedlungsstruktureller Wandel von Kleinstädten

Annett Steinführer

[Johann Heinrich von Thünen-Institut, Braunschweig]

Kurzfassung

Entgegen einem verbreiteten quantitativ-planerischen Verständnis von „Kleinstadt“ entwickelt der Beitrag zunächst einen qualitativen Zugang, um dem nachfolgend genauer untersuchten Siedlungstyp – ländliche Kleinstädte mit einer oft aus dem Mittelalter oder der Neuzeit stammenden Kernstadt sowie mehreren, im Laufe des 20. und 21. Jahrhunderts eingemeindeten Dörfern – gerecht zu werden. Zentrales Thema der daran anschließenden Ausführungen ist die Stärkung der Zentralitätsfunktion von Kleinstädten außerhalb der Agglomerationsräume im Zuge demographischer und siedlungsstruktureller Veränderungen. Schwerpunktmäßig erfolgt dies am Beispiel der Alterung, doch auch die Folgen von Gemeindegebietsreformen und der parallel erfolgende Umbau der Daseinsvorsorge werden punktuell diskutiert. Ziel ist es, den Beziehungen zwischen ländlichen Kleinstädten und ihren umliegenden Dörfern – ob eingemeindet oder nicht – systematischere Aufmerksamkeit zu schenken.

Abstract

This paper does not use the widespread quantitative planning-based understanding of small towns but tries to develop a qualitative one instead as many small towns in Germany are municipalities that consist of a core settlement from the Middle Ages or the modern era administratively enlarged during the 20th or 21st centuries.

The central theme of the subsequent discussion is the strengthening of the central functions of rural small towns located outside the agglomeration areas in the face of demographic and structural changes. The focus of attention is on population ageing, but the consequences of municipal reforms and the ensuing reconstruction of the provision of basic services and infrastructure are also briefly highlighted. The aim is to give closer and somewhat more systematic attention to the relations between rural small towns and their surrounding villages – whether part of the municipality or not.

1 Hintergrund

Ländliche Räume sind seit langem – und in einigen Bundesländern auch zunehmend – durch Siedlungsgebilde gekennzeichnet, die keine klare Zuordnung auf dem Stadt-Land-Kontinuum mehr erlauben. Meist entstehen diese im Zuge von Gemeindegebietsreformen, die seit Jahrzehnten als probates Mittel gelten, um kleinstädtische Zentren zu stärken. In der Regel werden die Städte dadurch größer, dass Dörfer in sie eingemeindet werden – demographisch schrumpfende Orte wachsen also als administrative Einheiten. Oft heißen diese neuen Gebilde zwar „Stadt“ und entsprechen dem Siedlungstyp Kleinstadt im Hinblick auf die Bevölkerungszahl. Auf ihre Fläche bezogen aber zählen sie teilweise zu den größten kommunalen Gebietseinheiten Deutschlands. Gleichzeitig verlieren Dörfer ihre Eigenständigkeit und die Bewohner nicht selten einen Teil ihrer raumbezogenen Identität. Der Tagungsort des 20. Dorfsymposiums selbst machte die Arbeitsteilung und nicht immer komplikationslose Beziehung zwischen den kleinen Städten und den sie umgebenden Dörfern deutlich: Luisenthal ist – mit Stand 2018 – noch selbstständig, hat aber mit der Kleinstadt Ohrdruf seit 1995 eine erfüllende Gemeinde, die alle Angelegenheiten des übertragenen Wirkungskreises (also etwa Pass- und Meldeangelegenheiten) übernimmt. Diese Aufgabe erfüllt Ohrdruf für drei weitere Gemeinden, die wie Luisenthal alle etwas über 1 000 Einwohner haben. Die für Thüringen geplante (im Sommer 2017 allerdings vorerst auf 2021 verschobene) Verwaltungs-, Funktional- und Gebietsreform wird diesem Konstrukt aller Voraussicht nach ein Ende bereiten und, unter Verweis auf die Notwendigkeit einer Professionalisierung der Verwaltung und die Stärkung zentralörtlicher Funktionen, durch Zusammenschlüsse größere Einheits- und Landgemeinden realisieren (TMIK 2017). Luisenthal wird über kurz oder lang mutmaßlich Teil einer neuen Gebietseinheit, wahrscheinlich der dann vergrößerten Kleinstadt Ohrdruf, werden.

Eines der in der jüngeren Vergangenheit häufig geäußerten Argumente zur Legitimierung von Gemeindegebietsreformen ist der demographische Wandel, worunter fast ausschließlich der vergangene sowie ein in die Zukunft fortgeschriebener kleinräumiger Bevölkerungsrückgang verstanden wird (z. B. STABSSTELLE 2013; MIK 2016). Der Fokus auf diesen einen Aspekt des demographischen Wandels, so der Ausgangspunkt des folgenden Beitrags, führt dazu, dass andere demographische und sozialräumliche Entwicklungen in von Bevölkerungsrückgang betroffenen ländlichen Räumen kaum beachtet werden.

Der Beitrag interessiert sich vorrangig für die – so sei thesenhaft formuliert – Stärkung der Zentralitätsfunktion kleinstädtischer Hauptorte im Vergleich zu den umliegenden Dörfern angesichts von Alterung und Gemeindegebietsreformen sowie den mit beiden Prozessen verbundenen Umbau der Daseinsvorsorge, wie er gegenwärtig in vielen ländlichen Kleinstädten außerhalb der Agglomerationsräume zu beobachten ist.

2 Kleinstädte in und außerhalb der amtlichen Statistik

Kleine Städte fallen in eine strukturelle Aufmerksamkeitslücke: Der Stadtforschung gelten sie als wahlweise zu ländlich oder als nur verkleinerte Abbilder der Großstädte, die deshalb keine eigenständige Untersuchung erfordern. Diese Vernachlässigung gilt für die Stadtgeographie (vgl. z. B. NIEDERMEYER 2000), in noch stärkerem Maße aber für die Stadtsoziologie (HANNEMANN 2004, 31–44) und die an Städten interessierte Geschichtswissenschaft (ZIMMERMANN 2003, 18). Doch auch die Soziologie und Geographie ländlicher Räume schenkt diesem Siedlungstyp im Vergleich zu den Dörfern nur wenig Beachtung (vgl. STEINFÜHRER 2016). Von Kleinstädten als dem „vergessene[n] Teil des ländlichen Raums“ sprachen bereits die Herausgeber der Zeitschrift Pro-Regio-Online, Albert HERRENKNECHT und Jürgen WOHLFAHRT (vgl. z. B. Pro-Regio-Online 2004). Der ältere und siedlungstypenübergreifende Zugang einer „Siedlungssoziologie“ (vgl. etwa ATTESLANDER und HAMM 1974) hat sich hingegen nicht durchsetzen können, obwohl in jüngeren Publikationen durchaus von einer „Siedlungsgeographie“ (z. B. BORS DORF und BENDER 2010) gesprochen wird.

Wie „Großstadt“ ist auch „Kleinstadt“ kein präziser Begriff, doch sind beide in der Kategorie der Gemeindegrößenklasse – und damit sowohl in der amtlichen Statistik als auch in der Forschung – mit rein quantitativer Bedeutung fest verankert. Zwar wird für die Großstadt und die für sie übliche Mindestzahl von 100 000 Einwohnern meist auf den Ersten Statistikweltkongress des Internationalen Statistischen Instituts 1887 in Rom Bezug genommen, doch hat der Urbanisierungshistoriker Horst MATZERATH (1985, 246) darauf hingewiesen, dass im Deutschen Reich bereits 1877 die noch heute üblichen Gemeindegrößenklassen samt ihren Bezeichnungen verwendet wurden: In der Ergebnisdarstellung der 1875er Volkszählung ist von Land-, Klein-, Mittel- und Großstädten die Rede (ANONYMUS 1877, v. a. 36–40). Die Kleinstadt wurde dabei als Siedlung mit 5 000 bis 20 000 Einwohnern verstanden. Diese quantitative Größe ist noch heute in der Laufenden Raumbearbeitung des BBSR relevant, in der die Klein-

stadt als Gemeinde eines Gemeindeverbandes oder eine Einheitsgemeinde mit 5000 bis unter 20000 Einwohnern oder mindestens grundzentraler Funktion bezeichnet wird (GATZWEILER et al. 2012, 18). Ausgehend von dieser Definition spricht PORSCHKE (2015) von 2553 Kleinstädten, in denen 2012 etwa ein Drittel der Bevölkerung Deutschlands (oder 27 Millionen Menschen) lebte. Darunter befinden sich aber auch Siedlungsgebilde wie die Gemeinde Nuthe-Urstromtal, die mit 340 km² (bei 6500 Einwohnern) die größte Flächengemeinde Deutschlands ohne ein städtisches Zentrum ist. 2013 gab es dem BBSR zufolge nur noch 2103 Kleinstädte, da sich mit der raumplanerischen Praxis auch die BBSR-Definition änderte: Seit 2013 werden nur mehr Siedlungen mit mindestens grundzentraler Funktion und mittelzentraler Teilfunktion als Kleinstädte bezeichnet¹. MARETZKE und PORSCHKE zufolge (vgl. ihren Beitrag in diesem Band) liegt etwa die Hälfte dieser Siedlungen (1123 oder 53 %) in ländlichen Räumen.

An diesen wechselnden Zahlen für Kleinstädte in Deutschland zeigt sich bereits das Problem einer Erfassung, die sich vorrangig auf statistische Merkmale und planerisch zugewiesene Funktionen bezieht. Zur Veränderung definitorischer Inhalte kommt hinzu, dass in den letzten Jahren und Jahrzehnten viele historische Kleinstädte – also Siedlungen, die ihr städtisches Selbstverständnis aus einem nicht selten bereits im Mittelalter oder der frühen Neuzeit verliehenen Stadtrecht ziehen – durch Eingemeindungen von der offiziellen Landkarte verschwunden sind. Jüngere Beispiele dafür sind die Städte Benneckenstein, Elbingerode (Harz) und Hasselfelde in Sachsen-Anhalt, die gemeinsam mit angrenzenden Dörfern die 2010 neu entstandene Stadt Oberharz am Brocken bilden, ebenso die einst freien (und auf diesen Status stolzen) niedersächsischen Bergstädte St. Andreasberg (seit 2011 ein Stadtteil von Braunlage), Wildemann und Altenau (seit 2015 zur Berg- und Universitätsstadt Clausthal-Zellerfeld gehörig) sowie die Städte Osthofen und Herdorf in Rheinland-Pfalz, die seit 2014 als vormals verbandsfreie Gemeinden Teil anders heißender Verbandsgemeinden geworden sind (beide waren selbst erst 1970 bzw. 1981 zur Stadt erhoben worden).

Im Gegenzug entstehen auch Kleinstädte neu. In Sachsen-Anhalt erfolgt dies teilweise unter neuem Namen – etwa im Fall der 2002 gegründeten Stadt Falkenstein/Harz, deren Hauptort die historische Landstadt Ermsleben ist. Ähnlich verhält es sich mit Gröbzig als Teil der 2010 neu entstandenen Stadt Südliches Anhalt. Im Bundesvergleich besonders häufig werden „Stadtrechte“ in Rheinland-Pfalz neu verliehen. So listet das Amtliche Gemeindeverzeichnis des Landes 34 Gemeinden auf, die zwischen 1966 und 2013 mit diesem Beinamen – etwas anderes ist die Verleihung von Stadtrechten heute nicht mehr – versehen wurden (SLRP 2016, 189–191). Ein

10